

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 26.01.2021 um 17:00 Uhr
im Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
20:15

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Tobias Kaimer

SPD-Fraktion

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Schriftführung

StOI Daniel Jonke

1. Beigeordneter

1. Beigeordneter Engin Alparslan

Beigeordnete

Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StVD Michael Rennert

StOVR Gerhard Titzer

Der/Die Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Hinweis zur Sitzung:

Der Rat der Stadt Haan hat seine Entscheidungsbefugnisse in Angelegenheiten des Rates gem. § 60 Abs. 1 GO NRW aufgrund einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite, ausgerufen von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen am 30.10.2020 und für die Dauer von zwei weiteren Monaten verlängert am 27.11.2020, sowie einer einstimmigen Entscheidung des Rates in der Sitzung am 03.11.2020, an den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Haan delegiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist daher in seiner Sitzung am 26.01.2021 ermächtigt alle Entscheidungen in Angelegenheiten des Rates abschließend zu beraten und zu beschließen.

Gem. Einvernehmen aller Fraktionen vor Beginn der Sitzung am 15.12.2020 tagt der Haupt- und Finanzausschuss in der heutigen Sitzung mit jeweils einem Vertreter pro Fraktion. Diese Vertreter*innen vereinen alle Stimmen der jeweiligen Fraktion auf sich.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Ruppert stellt den Antrag, den TOP 11 „Umbenennung von Straßen“ von der Tagesordnung zu nehmen und die Beschlussfassung zu verschieben.

Es sei aufgrund der Corona-Pandemie und der in Haan angewendeten Regelung, dass lediglich ein Vertreter pro Fraktion in den vorherigen Sitzungen anwesend war, nicht möglich gewesen einen angemessenen Austausch zu dem Thema zu führen.

Auch sei zur Umbenennung des Agnes-Miegel-Wegs eine Anhörung der Anwohner im Fachausschuss versprochen worden, letztendlich sei jedoch lediglich ein Anwohner anwesend gewesen.

Stv. Stracke entgegnet, dass der Fachausschuss eine klare Beschlussempfehlung abgegeben habe, weshalb er keinen Grund sehe, weshalb der Haupt- und Finanzausschuss den Sachverhalt heute nicht beschließen könne.

Stv. Lukat stimmt der Aussage des Stv. Stracke zu.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert für die Verwaltung, dass diese sich ebenfalls einen intensiveren Austausch mit den Anwohner*innen des Agnes-Miegel-Wegs in den politischen Gremien wünsche. Sie plädiere daher dem Antrag des Stv. Ruppert zuzustimmen, um die endgültige Beratung und Beschlussfassung in den Sommer zu verlegen. Hier sei vermutlich die Pandemielage besser und man könne die Anwohner*innen zu den Sitzungen einladen und anhören.

Stv. Kaimer führt für die CDU-Fraktion aus, dass diese sich zwar in der Lage sehe, über die Umbenennung in der heutigen Sitzung zu beschließen, dem Antrag des Stv.

Ruppert aber auch zustimmen könne, so dass die Beschlussfassung verschoben werde.

Stv. Rehm verweist darauf, dass im Fachausschuss intensiv über das Thema diskutiert worden sei. Auch sei es keinesfalls so gewesen, dass für die Anwohner*innen des Agnes-Miegel-Wegs keine Möglichkeit bestand, der Sitzung des Fachausschusses beizuwohnen, da Gäste in den Sitzungen, trotz Pandemie-Lage, weiterhin zugelassen seien.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt im Anschluss über den Antrag des Stv. Ruppert abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 10 Nein / 6 Enthaltungen

Der TOP 11 „Umbenennung von Straßen“ verbleibt somit weiterhin auf der Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

2./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2019 Vorlage: 20/011/2021

Protokoll:

Stv. Ruppert plädiert dafür, einen solch wichtigen Beschluss nicht in einem reduzierten Format wie dem heutigen zu beschließen.

Stv. Lukat führt aus, dass der Beschlussvorschlag nebst Begründung allen Rats- und Ausschussmitgliedern vorlag und dies innerhalb der Fraktion beraten werden konnte. Sie spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Stv. Rehm entgegnet, dass die GAL-Fraktion den Beschlussvorschlag keinesfalls als gut begründet ansehe. Seit Jahren verzichte die Stadt auf zusätzliches Geld, auch wenn dieses zweckgebunden sei.

Er stellt daher den Antrag, dass von dem ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse, 260.000,- Euro an die Stadt ausgeschüttet werden.

Stv. Stracke spricht sich dafür aus, auf den ausschüttungsfähigen Gewinn in voller Höhe zu verzichten um somit die Stadt-Sparkasse zu stärken.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt im Anschluss über den Antrag der GAL-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag der GAL-Fraktion:

Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 274.116,38 € verzichtet. 260.000,00 € werden an die Stadt Haan ausgeschüttet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der Bilanzgewinn in Höhe von 274.116,38 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gem. Vorlage:

Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 534.116,38 € verzichtet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der Bilanzgewinn in Höhe von 534.116,38 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

**3./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: 20/010/2021**

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Stadt-Sparkasse Haan wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 7 nicht teilgenommen

Die Stimmen der Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse Haan, welche gleichzeitig ordentliche Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan sind, wurden bei der Abstimmung nicht mitgezählt. Diese Mitglieder haben entsprechend nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**4./ Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Haan
Vorlage: 10/028/2020**

Protokoll:

Stv. Lukat merkt an, dass der Punkt „Aufnahme von Krediten“ in der Zuständigkeitsordnung fehle.

StOVR'in Abel erläutert, dass die bisherige Praxis einen Nachteil für die Verwaltung darstelle, da diese die Kredite immer nur zu den Konditionen zum Tag des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) aufnehmen könne. Sie schlägt daher vor, den Punkt in eine Kenntnissnahme umzuwandeln, so dass der HFA regelmäßig über die neu aufgenommenen Kredite informiert werde.

Stv. Rehm verweist auf den Punkt „Niederschlagung von Geldforderungen“ und dass der HFA erst ab einer Grenze von 25.000,- Euro beschließen müsse. Er möchte wissen, ob es möglich sei, diese Grenze auf 10.000,- Euro zu reduzieren, so dass der Ausschuss früher beteiligt werde.

StOVR'in Abel bejaht dies. Aus Sicht der Verwaltung sehe sie dahingehend kein Problem.

Stv. Stracke merkt an, dass im Ausschuss für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) das Thema der Digitalisierung fehle. Lediglich der Punkt „Berichtswesen zu Digitalisierung“ sei hier aufgeführt. Dies sei zu wenig.

Stv. Lukat verweist hierzu auf die Zuständigkeitsordnung der Stadt Bielefeld und zitiert aus dieser zum Thema der Digitalisierung.

Stv. Rupert schlägt vor, im DOPA den Punkt „Mitwirkung bei Konzepten der Digitalisierung der Verwaltung“ aufzunehmen.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass sie dem bisherigen Gesprächsverlauf entnehme, dass die Fraktionen noch weitere Änderungsvorschläge zum vorgelegten Entwurf der Zuständigkeitsordnung haben. Da die Vorschläge und auch die Meinungen teilweise unterschiedlich sind, schlägt sie vor, die Fachausschüsse nach und nach durchzugehen und die verschiedenen Änderungsvorschläge aufzunehmen. Die Verwaltung erstellt daraufhin einen angepassten Entwurf und legt diesen in der nächsten Sitzung des Rates zur Beschlussfassung vor.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Die Vertreter der Fraktionen tragen daraufhin alle Änderungsvorschläge vor, welche seitens der Verwaltung aufgenommen werden, um einen angepassten Entwurf zur nächsten Sitzung des Rates vorzulegen.

Beschluss:

Die Vorschläge der Fraktionen werden aufgenommen, die Zuständigkeitsordnung wird entsprechend angepasst und den Fraktionen in der nächsten Sitzung des Rates zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ein Beschluss über die Zuständigkeitsordnung in der heutigen Sitzung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Antrag des Jugendparlamentes vom 29.08.2020

hier: Antrag auf eine gemeinsame Sitzung des Rates und des Jugendparlamentes

Protokoll:

Stv. Rupert spricht sich gegen eine gemeinsam Sitzung des Jugendparlamentes und des Rates der Stadt Haan aus, solange das Gleichgewicht in Form der anwesenden Rats- und Ausschussmitglieder nicht gewährleistet werden kann. Er verweist damit auf die derzeitige Regelung der Soll-Stärke in den politischen Gremien in Haan.

Der **Vorsitzende des Jugendparlamentes, Herr Budyh** schlägt vor die Leitung der Sitzung in der Weise zu organisieren, dass der Vorsitz des Jugendparlamentes sowie die Bürgermeisterin diese gemeinsam leiten. Ein entsprechendes Konzept stelle er

gerne vorab in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung vor.

Stv. Lukat teilt für die WLH-Fraktion mit, dass diese dem Antrag zustimmen könne, auch ohne vorgelegtes Konzept.

Stv. Rehm und **Stv. Kaimer** sprechen sich ebenfalls für den Antrag und eine gemeinsame Sitzung aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt dem Antrag des Jugendparlamentes vom 29.08.2020 zu. Es wird eine gemeinsame Sitzung des Rates mit dem Jugendparlament der Stadt Haan angesetzt, welche gemeinsam mit den Vertreter*innen des Jugendparlamentes konzipiert, vorbereitet und geleitet wird.

Ein entsprechendes Konzept wird den Fraktionsvorsitzenden durch das Jugendparlament in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung vorgelegt und besprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6./ Antrag des Jugendparlamentes vom 18.09.2020
hier: Digitale Arbeitsmöglichkeiten für die Delegierten des Jugendparlamentes
Vorlage: 51/001/2020

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung und bittet darum, diesen positiver zu formulieren. Statt „Den Mitgliedern des Jugendparlamentes wird kein Zugang zum nichtöffentlichen Teil des Ratsinformationssystems eingerichtet.“ solle es doch besser lauten: „Den Mitgliedern des Jugendparlamentes wird ein Zugang zum öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems eingerichtet.“

Stv. Stracke merkt zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung an, dass der zweite Satz ausreiche und der erste Satz gestrichen werden könne.

Beschluss:

1. Den Mitgliedern des Jugendparlamentes wird ein Zugang zum öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems eingerichtet.

-
2. Sofern Mitglieder des Jugendparlamentes nicht über ein geeignetes digitales Endgerät verfügen, können sie auf Antrag ein Leihgerät mit Internetbrowser erhalten. Dieses darf nur für die Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Jugendparlament genutzt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2020 hier: Digitalisierung und OZG-Umsetzung

Protokoll:

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Der Kreis Mettmann sei Mitglied beim Rechenzentrum Niederrhein. Durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung sei es möglich, die Vorteile dieser Mitgliedschaft auch für die Stadt Haan nutzbar zu machen.

StOVR'in Abel erläutert für die Verwaltung, dass eine Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum Niederrhein nicht nur Vorteile bringe. Beispielsweise müsste die Verwaltung in dem Fall im Finanzbereich auf ein anderes System umsteigen. Man sei jedoch mit dem bisher genutzten System sehr zufrieden. Ähnliches würde auch für andere Fachbereiche und Fachanwendungen der Verwaltung zutreffen.

Stv. Kaimer signalisiert seitens der CDU-Fraktion Zustimmung zu dem Antrag, sofern die Beschränkung auf das Rechenzentrum Niederrhein herausgenommen würde. Vielmehr solle die Verwaltung weitreichend prüfen können und nicht von vornherein auf eine Möglichkeit beschränkt bleiben.

Stv. Lukat führt für die WLH-Fraktion aus, dass diese dem Antrag in der heutigen Sitzung nicht zustimmen werde. Die Verwaltung habe keine Chance gehabt, hierzu vorab im Fachausschuss zu berichten, wie der bisherige Stand der Digitalisierung und der OZG-Umsetzung sei. Aus Sicht der WLH-Fraktion sei der Prüfauftrag verfrüht.

Stv. Ruppert sieht hingegen in einem reinen Prüfauftrag kein Problem. Die Verwaltung würde das Prüfergebnis ohnehin im Fachausschuss vorstellen.

Stv. Stracke bekräftigt, dass es der SPD-Fraktion lediglich um den Prüfauftrag gehe. Dem Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion, den Prüfauftrag nicht nur auf das Rechenzentrum Niederrhein zu beschränken, könne die SPD-Fraktion zustimmen, sofern der Prüfauftrag auch das Rechenzentrum Niederrhein beinhalte.

Stv. Rehm begrüßt den Prüfauftrag. Die GAL-Fraktion könne diesem zustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zu prüfen, die eine Zusammenarbeit, z.B. mit dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), zur Unterstützung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung der Stadt Haan zum Ziel hat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
15 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Einsatz von mobilen Luftreinigungsgeräten in den Schulen der Stadt Haan
Vorlage: 40/006/2021**

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert für die WLH-Fraktion, dass diese vom letzten Absatz der Vorlage (siehe Vorlage 40/006/2021 – Seite 5) irritiert sei. Wenn zum Haushalt lediglich Kosten für ein Gutachten eingestellt würden, sei man mit der Beschaffung der Geräte schon im nächsten Haushalt, was bedeute, dass die Geräte in diesem Jahr nicht mehr angeschafft werden könnten.

Sie regt an, bei der Planung von öffentlichen Gebäuden zukünftig die entsprechenden Möglichkeiten der Belüftung mit einplanen solle.

Den zweiten Satz des Beschlussvorschlages bittet sie zu streichen.

Bgo. Herz führt aus, dass die Verwaltung gerne entsprechende Tests mit den Luftreinigungsgeräten durchgeführt hätte, allerdings waren die Schulen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Corona-Pandemie geschlossen, so dass keine Ergebnisse vorlägen.

Sie streicht heraus, dass jeder Klassenraum individuell begutachtet werden müsse. Zudem empfehle ein Großteil der Fachleute, weiterhin alle 20 Minuten eine Volllüftung der Klassenräume über die Fenster, trotz Einsatz der mobilen Luftreinigungsgeräte, durchzuführen.

Stv. Rehm wirft die Idee auf, zusätzlich in jedem Klassenraum CO²-Prüfgeräte einzusetzen um die Lüftungsintervalle entsprechend anzupassen, so dass man nicht zwingend pauschal alle 20 Minuten über die Fenster lüften müsse. Dem Vorschlag der WLH-Fraktion den zweiten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen stimme er zu.

Stv. Stracke erläutert, dass der zweite Satz nicht gestrichen werden solle. Die SPD-Fraktion hatte den Antrag zu den Haushaltsplanberatungen gestellt und halte an der Sache fest. Mit den Erkenntnissen aus der heutigen Beratung wird die SPD-Fraktion entsprechend einen neuen Antrag für die Haushaltsplanberatungen einreichen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung als Zwischenstand zum Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2020 (Planung der Anschaffung und Einrichtung von H14-Schwebstofffiltern für die Haaner Schulen) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ Aussetzung von Beiträgen für Kinderbetreuung und von Elternbeiträgen für Angebote der offenen Ganztagschule und außerunterrichtlicher Betreuungsangebote in der Sek I
Vorlage: 40/007/2021**

Beschluss:

Die Stadt Haan setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gem. §§ 22,23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Abs. 1, 3,4,13 und 17 Kinderbildungsgesetz (KiBiz),
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gem. §§ 22,22a und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Abs. 1, 3,13ff KiBiz,
- Angeboten gem. § 9 Schulgesetz in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Januar 2021 aus. Dies gilt auch bei der Inanspruchnahme einer Notbetreuung.

Ein Essensbeitrag für die städtischen Kitas und die OGS an der Don-Bosco-Schule wird nur von den Eltern erhoben, die den Betreuungsplatz im Rahmen des eingeschränkten Öffnungsbetriebs oder der Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Soweit weiterhin Einschränkungen in der Wahrnehmung von Betreuungsangeboten vom Land NRW über den 31. Januar 2021 hinaus vorgegeben werden, wird die Verwaltung angewiesen, zunächst keine Beträge einzuziehen, bis sich der Rat erneut mit

der Angelegenheit befasst hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10./ Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2021 hier: Kostenloser Personentransport zum Impfzentrum

Protokoll:

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass die Verwaltung diesbezüglich ein Schreiben an alle über 80-jährigen Bürger*innen, welche nicht in einer Senioreneinrichtung untergebracht seien, versendet habe. Nach Aussage des Seniorenbüros seien am gestrigen Tag ca. 70 Anrufe eingegangen, von denen lediglich 3 finanzielle Hilfe benötigten. Den meisten Anrufen ginge es vielmehr um die Terminvergabe, nicht um den Weg zum Impfzentrum.

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel seien aus Sicht der Verwaltung derzeit völlig ausreichend. Sollte es dennoch dazu kommen, dass diese nicht ausreichen, so würde die Verwaltung dies selbstverständlich in den politischen Beratungen bekannt geben.

Sie streicht nochmal heraus, dass sich das Seniorenbüro bei unüberwindbaren Hindernissen stets sehr darum bemüht sei, den betroffenen zu helfen.

Stv. Rehm erläutert, dass seine Schwiegereltern zu den angeschriebenen Personen zählen und diese sich sehr über das Schreiben der Stadt gefreut hätten. Er verweist darauf, dass der Antrag der SPD-Fraktion jedoch weiter gehe und sich nicht ausschließlich auf die über 80-jährigen beziehe. Er möchte daher wissen, ob die Verwaltung das Angebot auch erweitere, wenn die über 65-jährigen an der Reihe seien.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert hierzu, dass die finanziellen Mittel auch hierfür gedacht seien. Sollten diese nicht ausreichen, werde die Verwaltung dies, wie bereits erwähnt, der Politik bekannt geben.

Stv. Kaimer frage sich, über was jetzt noch diskutiert werden solle. Die Fahrten zum Impfzentrum seien seitens der Verwaltung organisiert und die Finanzierung sei sichergestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kostenlose Anfahrten zum und Abfahrten vom Erkrather Impfzentrum für impfwillige Menschen denen aus finanziellen und gesund-

heitlichen Gründen die Anreise nicht möglich ist, zu organisieren. Dafür sind ggf. notwendige finanzielle Mittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11./ Umbenennung von Straßen

Vorlage: 61/001/2020

Protokoll:

Stv. Ruppert führt mehrere Beispiele von Straßennamen auf, welche ebenfalls in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus gesehen werden können. Er führt aus, dass die Benennung von Straßen ein gesamtheitliches Thema der Stadtkultur sei. Man müsse hinterfragen in welchem Zusammenhang die Straße innerhalb der Stadt benannt worden sei und inwiefern eine mögliche Verbindung zum Nationalsozialismus bestand.

Als Beispiel nennt er den Komponisten Richard Wagner. Hier wurde die Umbenennung durch den Fachausschuss abgelehnt, obwohl dieser ein ausgewiesener Antisemit gewesen sei.

Stv. Stracke erläutert, dass es bei Straßenbenennungen darum gehe die entsprechenden Leute zu ehren. Aufgrund der Erkenntnisse über die Vergangenheit in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus würden Agnes Miegel und auch Emil Nolde nicht zu einer entsprechenden Ehrung taugen. Er streicht nochmal heraus, dass man bei den Beratungen im Fachausschuss gründlich vorgegangen sei und alle Aspekte abgewogen hätte.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, dass diese auch keine Personen mit Straßennamen ehren möchte, denen keine Ehre gebührt. Jedoch habe man keine Angst auch vor einer negativen Geschichte. Hier könnte Aufklärungsarbeit z.B. durch entsprechende Hinweisschilder, ergänzt durch QR-Codes für tiefergehende Informationen, geleistet werden. Zudem solle nicht über die Köpfe der Anwohner*innen entschieden werden, daher würde die WLH-Fraktion ein gemeinschaftliches Vorgehen zusammen mit den Anwohner*innen befürworten. Daher werde die WLH-Fraktion den Umbenennungen so nicht zustimmen.

Stv. Kaimer streicht ebenfalls heraus, dass es wichtig sei, die betroffenen Anwohner*innen mit einzubeziehen.

Bgm'in Dr. Warnecke bedauere es, dass der Rat bereits jetzt die Umbenennung beschließe, da von den betroffenen Anwohner*innen keiner da sei.

Beschlüsse:

1. Beschluss:

Der Agnes-Miegel-Weg sowie die Emil-Nolde-Straße werden umbenannt.

2. Beschluss:

In der Moltkestraße werden Hinweise auf Moltkes Urgroßneffen, Helmuth James Graf von Moltke, dem Begründer des Kreisauer Kreises angebracht.

3. Beschluss:

Die Richard-Wagner-Straße wird umbenannt.

4. Beschluss:

Die Blücherstraße wird umbenannt.

5. Beschluss:

Die Jahnstraße wird umbenannt.

6. Beschluss:

Die Körnerstraße wird umbenannt.

7. Beschluss:

Die „Schlachtstraßen“ werden mit Hinweis- bzw. Legendenschildern versehen. Der Opfer der Schlacht soll auf den Schildern gedacht werden.

8. Beschluss:

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit der Verwendung von QR-Codes bei diskussionswürdigen Straßennamen.

9. Beschluss:

In vier Jahren wird sich der Ausschuss mit Martin-Luther-Straße, Herrmann-Löns-Weg und Robert-Koch-Straße erneut befassen.

10. Beschluss:

Die Verwaltung erarbeitet einen Kriterienkatalog für zukünftige Entscheidungen über Straßenbenennungen.

11. Beschluss:

Die Verwaltung tritt mit den von Umbenennungen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern in Kontakt, insbesondere um etwaige Vorschläge für Neubenennungen in Erfahrung zu bringen.

Abstimmungsergebnisse:

Abstimmungsergebnis zu 1:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu 2:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 1 Nein / 6 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zu 3:
einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 4:
einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 5:
einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 6:
einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu 7:
einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zu 8:
einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zu 9:
einstimmig angenommen
8 Ja / 0 Nein / 10 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu 10:
einstimmig beschlossen
13 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu 11:
einstimmig beschlossen
17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**12./ Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk III
Nord/Gruiten
Vorlage: 32-2/004/2020**

Beschluss:

Frau Brigitt Wedel, Am Hain 18, 42781 Haan, wird für eine weitere Amtsperiode zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk III (Nord/Gruiten) der Stadt Haan gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW**hier: Durchführung von Fachausschusssitzungen des Rates der Stadt Haan während einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite****Vorlage: 10/037/2021**

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt, dass er es für machbar halte, dass die Vorsitzenden der Fachausschüsse auch gleichzeitig Sprecher für ihre jeweiligen Fraktionen sein können. Er selbst habe dies jahrelang im Unterausschuss für Organisation, Controlling und Personal (UA OPC) in der vergangenen Ratsperiode so durchgeführt.

Er könne jedoch nicht zustimmen, auch den Haupt- und Finanzausschuss, welcher zurzeit gem. § 60 Gemeindeordnung NRW in Vertretung des Rates tage, unter diesen Bedingungen tagen zu lassen. Es finde so keine Aussprache unter Beteiligung aller Ratsmitglieder mehr statt.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die WLH-Fraktion bereits im letzten Jahr beantragt hatte, die Vorsitzenden nicht gleichzeitig auch zu den stimmberechtigten Sprechern der Fraktionen zu machen. Dies sei jedoch abgelehnt worden. Sie wundere sich daher über den Sinneswandel.

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt hierzu, dass seitens anderer Fraktionen doch Zweifel an der getroffenen Regelung bestünden. Die Verwaltung sei daher dem Wunsch entsprechend nachgekommen.

Stv. Rehm teilt mit, dass auch die GAL-Fraktion gelernt habe, dass die Doppelfunktion aus Ausschussvorsitz und Sprecher*in der Fraktion nicht zielführend sei, daher begrüße er den Beschluss.

Beschluss:

1. Die Sitzungen der Fachausschüsse des Rates, einschließlich der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses, finden bis zum Ende der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite, ausgerufen von der Landesregierung NRW, unter der sog. Soll-Stärken-Regelung statt.
2. Je Fraktion nimmt ein*e Sprecher*in an den Sitzungen teil. Diese*r Sprecher*in vereint auf sich alle stimmen der jeweiligen Fraktion, inklusive der Stimme des*der Ausschussvorsitzenden.

Abstimmungsergebnisse:**zu 1.**

einstimmig beschlossen

zu 2.

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

14./ Bericht über die finanzielle Lage zum 31.12.2020

Vorlage: 20/009/2021

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der vorgelegte Antrag auf Neubesetzung von Ausschüssen der WLH-Fraktion wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

16./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Ruppert erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Digitalisierung der Haaner Schulen sowie den Endgeräten für die bedürftigen Haaner Schüler*innen sowie die Lehrkräfte.

Bgo. Herz erläutert hierzu, dass für die entsprechenden Schüler*innen iPads und für die Lehrkräfte Laptops bestellt worden seien. Die Verwaltung habe so schnell wie

möglich bestellt, jedoch könne nicht mit einer Auslieferung vor Anfang Februar gerechnet werden, da es derzeit zu Lieferschwierigkeiten u.a. bei Apple käme. Bezüglich des Distanzunterrichtes erklärt sie, dass dieser in Haan gut funktioniere.

Stv. Ruppert fragt ergänzend dazu noch nach dem aktuellen Stand der Digitalisierung des Rathauses.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt hierzu mit, dass der Digitalisierungsbeauftragte hierzu im Fachausschuss vortragen werde.

Die vorab eingereichten Anfragen wurden seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 16*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

17./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.